

Zusammenfassung

Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland brachen süd- und westdeutsche Politiker mit zentralistischen Entwicklungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Föderalismus als Gliederungsprinzip im Verhältnis zwischen Bundesstaat und Ländern eröffnete Perspektiven, die sich langfristig bewährt haben. In der Frage der innerstaatlichen Neugliederung hatten allerdings die alliierten Entscheidungen der ersten Nachkriegsjahre die spätere Entwicklung vorweggenommen. Die französische Gründung von Rheinland-Pfalz im Jahr 1946 blieb unangetastet, und auch Nordrhein-Westfalen als englische Schöpfung fand seinen Weg in die Bundesrepublik. Einzig in der Südwestecke war mit Gründung des Weststaates eine intensiv geführte Neugliederungsdiskussion noch nicht beendet. Drei Konzepte standen sich hier nach 1945 gegenüber: der stammesföderalistische Plan, das Restaurationsmodell und die Idee des Südweststaates. Die Untersuchung hat dokumentiert, daß die Neugliederungsdiskussion schon im Sommer 1945 eingesetzt hat. Die Befürworter einer stammesmäßigen Gliederung im Südwesten waren fast durchweg im katholisch-konservativen Lager verwurzelt, Konfession und politische Konzepte gingen über weite Strecken Hand in Hand.

Chronologisch gesehen war das Alpenlandprojekt des Singener Bürgermeisters Bernhard Dietrich die erste und umfassendste Variante einer Reihe weitreichender Neugliederungskonzepte. Die Wurzeln des Alpenlandplanes finden sich bei Dietrich schon in der Weimarer Republik, die Zeit des Nationalsozialismus war gewissermaßen eine Art Inkubationszeit. Die Unterdrückung föderalistischer Ideen durch das Regime erwies sich als Katalysator. Nach dem Zusammenbruch drängten sich Vorstellungen dieser Art an die Oberfläche einer desorientierten Nachkriegsgesellschaft. Wenngleich föderalistische Vorstellungen im Süden¹ eine lange und ungebrochene Tradition besaßen, hatten Erziehung und Militarisierung seit der Reichsgründung von 1871 Spuren hinterlassen. Der Klassiker des deutschen Föderalismus, Constantin Frantz, war 1945 einer großen Mehrheit der Bevölkerung unbekannt, jedes Autonomie- und Neugliederungskonzept zudem sofort des „Separatismus“ verdächtig. Die Konzeption eines föderalistisch aufgebauten, weitgehend autonomen und in ein abendländisches Europa eingebetteten alpinen Staatenbundes schien nur wenig Chancen zu besitzen, vor allem wenn man die übergreifenden politischen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Die Überwindung des Nationalstaates zugunsten einer europäischen Lösung ist letztlich bis zum heutigen Tage nicht geglückt. Es kann deshalb nicht verwundern, daß viele Deutsche nach 1945 jedes vermeintlich „separatistische“ Konzept entschieden ablehnten. Der Alpenlandplan Dietrichs blieb das Projekt einiger Honoratioren und Intellektueller, die hierfür in erster Linie publizistisch wirkten. Bereits am Ende des Jahres 1945 machte die ablehnende Haltung der Pariser Entscheidungsinstanzen die Pläne obsolet. Die französische Österreichpolitik stand den Alpenlandvorstellungen Dietrichs diametral entgegen.

¹ Für die Zeit vor der Reichsgründung vgl.: Runge, Volkspartei. Zu den Föderalismuskonzepten in der Weimarer Republik vgl. Benz, Süddeutschland und Heimers, Unitarismus.

Es ist an dieser Stelle müßig, Hypothesen aufzustellen. Die Frage nach der politischen Realisierbarkeit hat sich nie gestellt, dazu war das Projekt zu unausgegoren, und das frühe Verbot der Aktivitäten durch die französische Besatzungsmacht hinterließ nur Makulatur. Dietrich als *Spiritus rector* der alpinen Union handelte nicht – wie bisher vermutet – als Einzelperson, sondern konnte sich insbesondere auf konservativ-katholische Vorarlberger Politiker stützen. Vorarlberg, politisch seit 1918 der widerstrebendste und unruhigste Teil des neuen österreichischen Staates, hat durch einen Honoratiorenzirkel um den Bregenzer Bürgermeister Julius Wachter gezeigt, daß die Idee der Zusammengehörigkeit süddeutscher und österreichischer Gebiete nach 1945 in Teilen der Bevölkerung nicht verschwunden war. Obschon historische Reminiszenz, bildete die Erfahrung der österreichischen Herrschaft bis zur Napoleonischen Zeit (Vorderösterreich) eine entscheidende Klammer, die nach dem Zweiten Weltkrieg selbst im entfernten Freiburg durch die Umbenennung von Straßen nach Kaisern aus dem Hause Habsburg ihren sinnfälligen Ausdruck fand. Auch Teile des oberdeutschen Adels trauerten der „schrecklichen, kaiserlosen“ Zeit nach: Erich Fürst von Waldburg-Zeil darf dabei ohne Vorbehalt paradigmatische Funktion zugesprochen werden. Die Alpenlandpläne hatten damit zwei Trägerschichten: auf der einen Seite zumeist katholische Honoratioren und auf der anderen Seite der ehemals standesherrliche, oberdeutsche Adel. Die Alpenland- oder Donaukonföderationspläne waren aber nicht ausschließliches Gedankengut der katholischen Zirkel. Der Schwenninger Oberbürgermeister Otto Gönnerwein, Protestant und parteipolitisch liberal, träumte ebenfalls von einer süddeutschen, territorial an Rhein und Donau orientierten Konföderation. Selbst im sozialdemokratischen Lager gab es Alpenlandpropagandisten – genannt sei stellvertretend der protestantische Reutlinger Oberbürgermeister Oskar Kalbfell, der sich 1945 in persönlichen Unterredungen für eine alpine Union stark machte.

Die Trägerschicht der Idee einer Alpenkonföderation blieb also nicht auf das katholische, politisch der sich im Aufbau befindlichen BCSV/CDU (respektive ÖVP) nahestehende Lager beschränkt. Dennoch finden sich im konservativen Umfeld die Hauptakteure der Diskussion. Weitere südwestdeutsche Befürworter des „Alpenlandes“ zu benennen, ist aufgrund der schwierigen Quellenlage des Jahres 1945 nicht einfach. Sicherlich wird aber die künftige Forschung noch manchen Quellenfund nicht nur aus privater Hand ans Tageslicht bringen, der die Alpenlandpläne für die unmittelbare Nachkriegsphase als Neugliederungsvorschlag ausweisen wird, der zumindest damals ernsthaft erwogen wurde. Denn wer im besetzten Deutschland wußte im Jahr 1945, welche Pläne die Alliierten mit dem besiegten Reich hatten? Hätte nicht der Morgenthau-Plan² – zwar politisch in den USA längst ad acta gelegt – eine Aufteilung Deutschlands bringen können? Die deutsche Propaganda hatte jedenfalls auch das Schreckgespenst der Zerstück-

² Den vom amerikanischen Finanzminister Henry Jr. Morgenthau ausgearbeiteten Plan zur Aufteilung Deutschlands führte Präsident Roosevelt im September 1944 auf der Konferenz von Quebec mit sich. Das Papier ist abgedruckt in: Morgenthau, Germany, Einleitung. Morgenthau plädierte für einen süddeutschen Staat, der Bayern, Baden und Württemberg „und einige kleinere Gebiete“ umschließen sollte. Dieser Staat wäre nach den Vorstellungen des Finanzministers in einer Zollunion mit Österreich zu verbinden gewesen (vgl. Karte auf S. 160). Auch Sumner Welles hegte ähnliche Pläne: Statt zwei deutscher Staaten brachte Welles drei ins Gespräch, wobei er ausdrücklich den Zusammenschluß der vorherrschend katholischen Gebiete von Baden, Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und des Rheinlandes im Sinne hatte; Ders., Time, S. 336–361.

lung weidlich ausgeschlachtet. Die latent in Süddeutschland vorhandenen antipreußischen Gefühle und die Vorstellung, vom Norden „vergewaltigt“ worden zu sein, machten die Alpenlandpläne zumindest in ihrem theoretischen Ansatz attraktiv. Begründet auf den Katholizismus und im vermeintlichen Einvernehmen mit der amerikanischen Besatzungspolitik glaubten viele süddeutsche Intellektuelle und Honoratioren an die Entstehung einer alpinen Konföderation. Doch die praktizierte Besatzungspolitik, nicht nur die der Amerikaner, strafte diese Vorstellungen Lügen. Mit der Jahreswende 1945/46 wurde klar, daß ein Zusammenschluß süddeutscher Länder mit Österreich nicht Ziel alliierter Politik war. Die strikt ablehnende Haltung der französischen Dienststellen in Wien, Baden-Baden und Paris ließen bei den Protagonisten starke Zweifel an der Realisierbarkeit ihrer Gedankenspiele aufkommen. Die Alpenlandpläne sind schon nach wenigen Monaten von der Tagesordnung verschwunden, die letzten Rückzugsgefechte wurden, speziell in Bayern und in der deutschen Presse, noch bis ins Jahr 1948 ausgetragen. Doch abgesehen von einigen Mitgliedern der Bayernpartei und einzelnen südwestdeutschen Persönlichkeiten hegte die Masse der Bevölkerung im besetzten Süddeutschland spätestens ab 1946 berechtigte Zweifel an der Praktikabilität einer alpenländischen Lösung.

Die französische Besatzungsmacht, die durch organisatorische Schwierigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten zwischen Militärverwaltung und Militärregierung im Jahr 1945 geradezu paralysiert erscheint, verfügte indes ebenfalls über kein schlüssiges politisches Konzept. Klare Anweisungen aus Paris fehlten, die ersten beiden Jahre der Besatzung waren die „Zeit der Improvisation“³. Die mit der Verwaltung der deutschen Landkreise betrauten Delegierten fühlten sich mit unüberschaubaren Problemen eines zerstörten und besetzten Landes alleine gelassen. Ohne Anweisungen und ohne leistungsfähige Kommunikationsmittel mußten sie nach eigenem Gutdünken ihre Entscheidungen treffen, auch die politisch wichtigen. Die personelle Zusammensetzung der französischen Militärregierung kam erschwerend hinzu. Die Heterogenität war selbst für Außenstehende nicht zu übersehen: Vichy-Belastete, Kommunisten, Sozialisten, Gaullisten und ehemalige Résistancekämpfer bildeten ein recht eigentümliches Gemisch. Untereinander wußten die Offiziere, „zu welcher Sorte der andere gehörte“⁴. Selbst innerhalb der lediglich eine Handvoll Offiziere umfassenden Kreismilitärregierungen traten oft Spannungen auf. Eine einigermaßen geordnete Verwaltung wurde frühestens ab Herbst 1945 von den Oberdelegationen und der hypertrophen Baden-Badener Zentrale mit den beiden Kabinetten von General Koenig und Generalverwalter Laffon eingeleitet. Doch zeigten diese Ansätze erst ab Sommer 1946 auf allen Ebenen Erfolg. Bis dahin konnten die Kreisdelegierten als „Kreiskönige“⁵ agieren, ihre Maßnahmen entsprangen gezwungenermaßen der eigenen politischen Lageeinschätzung. Die Macht der Kreis-, und im Falle Badens und Vorarlbergs der Bezirksdelegierten, spielte auch eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung des Alpenlandprojekts. Der Bregenzer Bezirksdelegierte Benité ermunterte und unterstützte die Pläne Dietrichs, er sorgte für die Logistik bei den Treffen in Singen und Bregenz und gab sich als aktiver Befürworter zu erkennen. Erst auf Druck des französischen Oberbefehlshabers in Wien, General Béthouart, wurden die

³ Interview mit Maurice Grimaud vom 18. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

⁴ Interview mit Dominique Magnant vom 21. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

⁵ Zu diesem Begriff vgl. Wolfrum, Besatzungsarchiv, S. 88.

Aktivitäten der Alpenlandbewegung verboten. Der Konstanzer Bezirksdelegierte Marcel Degliame – ehemaliger kommunistischer Résistancekämpfer – war seit seinem Eintreffen im November 1945 im Gegensatz zu seinem Vorgänger, Oberst d'Alauzier, unterschiedener Gegner einer konfessionellen, auf historisch-ethnischen Überlegungen beruhenden Neugliederung Süddeutschlands und Österreichs. Mißtrauisch beobachtete er die Aktivitäten Dietrichs und dessen Zirkel, ohne auch nur einen Gedanken an eine ideelle oder materielle Unterstützung der Pläne zu verschwenden.

Die sehr unterschiedlichen föderalistischen Planspiele der einzelnen Kreisdelegierten bestimmten demzufolge die französische Politik in der sofort nach der Niederlage einsetzenden Neugliederungsdiskussion. Vorgesetzte Dienststellen wurden oft erst nach Zeitungsmeldungen auf politische Vorgänge im eigenen Sprengel aufmerksam. Einhergehend mit der großen Selbständigkeit der unteren Organe der Militärregierung, verbrauchte ab Spätsommer 1945 der Aufbau der Apparate auf den Ebenen der Mittel- und Oberinstanzen einen Großteil der Kräfte. Dies führte dazu, daß die Deutschland und Österreich betreffenden Direktiven General de Gaulles vom Juli 1945, von denen zwingend jeder Kreisdelegierte hätte Kenntnis erhalten müssen, zwar in Baden-Baden und Wien bekannt waren, die Weiterleitung an die Oberdelegierten aber schon fraglich war. Mit Sicherheit jedoch sind die Direktiven, und damit die politischen Vorstellungen der Provisorischen Regierung, nicht auf der entscheidenden Ebene der Kreise angekommen; vielmehr waren sie dort gänzlich unbekannt. Deshalb konnte sich eine von Pariser Seite als gefährlich eingeschätzte Alpenlandbewegung über Monate sogar gewisser Unterstützung lokaler Offiziere erfreuen⁶, um dann aber endgültig – zuerst im französisch besetzten Teil Österreichs – verboten zu werden. Die Alpenlandbewegung wird dadurch zu einem Paradebeispiel für die langatmigen Informations- und Entscheidungswege sowie für eine allgemeine Konzeptionslosigkeit innerhalb der gesamten Militärregierung. Von einer generellen französischen Unterstützung der Alpenlandpläne kann daher keine Rede sein, die Rolle eines Major Benité mag daran nichts ändern. Frankreich sah sich als Schutzmacht der österreichischen Unabhängigkeit, zu deren Verteidigung es mit allen Mitteln bereit war. Auch vom Klischee der französischen Protektion „separatistischer Bewegungen“⁷ muß damit endgültig Abschied genommen werden. Die Provisorische Regierung hatte kein Interesse an einer tiefgreifenden Umwälzung der politischen Verhältnisse in Mitteleuropa, de Gaulle glaubte vielmehr, daß ein süddeutscher Staatenbund unter Einschluß Österreichs den französischen Sicherheitsinteressen kaum entsprochen hätte; in einer alpinen Konföderation sah er den künftigen Keim eines neuen „Groß-deutschen Reiches“.

Schon im Januar 1946 reduzierte Dietrich das Alpenlandprojekt auf die Forderung nach einem schwäbisch-alemannischen Staat. Die Schaffung eines Stammesstaates ver-

⁶ Die Mutmaßung Gerd Friedrich Nüskes, es habe „nur ganz anfänglich unbedeutende Unterstützung durch französische Militärs“ gegeben, deckt sich mit dem Befund des Verfassers; Nüske, Rolle, S. 393.

⁷ Vgl. etwa Hirscher, Schmid, S. 19, der den Franzosen unterstellte, daß sie „– direkt oder indirekt – separatistische Tendenzen förderten“, bzw. Bury, Volksentscheid, S. 7 („Frankreich [...] unterstützte separatistische Bewegungen“) oder Pfetsch, Verfassungspolitik, S. 91, der von einer „verhaltenen Unterstützung“ spricht. Auch der Altmeister der Forschung zur FBZ, Frank R. Willis, meinte zu Beginn der französischen Besatzung eine kurzzeitige Unterstützung des „Separatismus“ ausmachen zu können; Ders., France, S. 47.

stand er als Vorstufe zu einer alpinen Konföderation. Nur unter dem Vorbehalt, daß sich die Aktivitäten auf die Südzone beschränkten und damit keine unmittelbare Gefahr für das alemannische Elsaß bestand, ließen die maßgeblichen Baden-Badener Dienststellen das Projekt einer politischen Vereinigung gelten. Bis zum Eintreffen der Lizenz sollte über ein halbes Jahr vergehen. Erst im Sommer 1946 konnte der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ ins Leben gerufen werden. Der Gründung vorausgegangen waren intensive Werbungen Dietrichs; und tatsächlich hatte er in bestimmten Kreisen den Nerv der Zeit getroffen. Das öffentliche Interesse am Heimatbund war in den ersten Monaten keinesfalls gering. Otto Feger, Stadtarchivar von Konstanz und Verfasser der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie*, trat dem Heimatbund bei und bekleidete für einige Monate einen führenden Posten.

Die Mitarbeit Fegers im Heimatbund förderte die Popularität der Vereinigungs-idee. Mit dem fast zeitgleichen Erscheinen von Fegers Schrift in einer Auflage von 50 000 Exemplaren und der Gründung des Heimatbundes im Sommer 1946 wurde über die Ideen eines autonomen, stämmisch gegliederten Südwestens nicht nur im intellektuellen Milieu heftig debattiert. Die Reaktionen umfaßten, wie Feger es schon bei Abfassung der Manuskripts vermutet hatte, überschwengliches Lob und abgrundtiefe Ablehnung. Die Schaffung des Südstaates durch die französische Besatzungsmacht schien vielen Politikern im Jahr 1946 als überaus wahrscheinlich, die Amerikaner hatten in den nördlichen Landesteilen eine Vereinigung schließlich vorexerziert. Der Südstaat als ein Zusammenschluß von Südbaden, Südwürttemberg, Hohenzollern und dem bayerischen Landkreis Lindau wäre in der Bevölkerung als Vorstufe einer schwäbisch-alemannischen Demokratie interpretiert worden. Regionalismus und Heimatliebe, verbunden mit einer tiefsitzenden Aversion gegenüber Preußen und dem Berliner Zentralismus, bildeten das Fundament für die Attraktivität der Autonomiepläne. Die Interessenlage des Autors selbst ist durch ein Konglomerat verschiedener Motive geprägt. Von einer französischen Auftragsarbeit kann in keiner Weise gesprochen werden. Doch das mangelnde Interesse der Baden-Badener Dienststellen an den stammesbezogenen Autonomievorstellungen kam in der Ablehnung der entsprechenden Zeitschriftenprojekte zum Ausdruck. Nur im Falle der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* hatte es kurzzeitig zur Jahreswende 1945/46 eine scheinbare Übereinstimmung zwischen französischen Plänen im Zivilkabinett Koenig und den Ideen Otto Fegers gegeben. Dachten die Franzosen an eine Konföderation „Südschwaben“, die eine eminent politische Funktion beim Aufbau Deutschlands hätte spielen sollen („Zünderfunktion“ für eine föderalistische Struktur), so sah Fegers Konzept ein in der territorialen Ausdehnung zwar im Kern identisches, strukturell aber grundsätzlich neuartiges Staatsgebilde vor. Die hohe Papierzuteilung mußte deshalb einmalig bleiben, und sie ist nur vor dem Hintergrund der internen, intensiven und weit fortgeschrittenen französischen Planungen aus zu verstehen.

Der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ war keineswegs ein Lieblingskind der Besatzungsmacht. Viele Offiziere lehnten ihn kategorisch ab oder hintertrieben ihn – wie Guillaume Widmer als Oberdelegierter in Tübingen, der die Ausbreitung im süd-württembergischen Raum verhinderte. Selbst bei den gaullistisch orientierten Offizieren wollte keine rechte Freude über die Aktivitäten des Heimatbundes aufkommen. Die Furcht vor der elsässischen Autonomiebewegung der Zwischenkriegszeit saß der Militärregierung ständig im Nacken, hinter einer alemannischen Heimatbewegung schien ein ähnlich unkalkulierbares Risiko zu stecken. Für das Kabinett von Pierre Koenig war

eine schwäbisch-alemannische Demokratie ein zweischneidiges Schwert. Zum einen sah man in den Anhängern des Heimatbundes die Vertreter eines extremen Föderalismus, der von de Gaulle als nützlich erachtet wurde, zum anderen durfte ein Übergreifen der Alemannenbewegung auf andere Staaten, insbesondere auf Frankreich selbst, nicht stattfinden. Die Gefahren für die westlichen Teile Österreichs waren im Herbst 1945 deutlich sichtbar geworden.

Sicherlich hat der Heimatbund keine Volksmassen mobilisiert, so etwas war im Jahr 1946 kaum möglich. Selbst die gerade entstandenen politischen Parteien taten sich sehr schwer, Anhänger oder gar Mitarbeiter zu mobilisieren. Alles Politische schien grundsätzlich belastet, die Stimmung vieler Deutscher war von Politikverdrossenheit geprägt. Neben der überschaubaren Führungsgruppe ist die Zahl der Anhänger und Sympathisanten des Heimatbundes schwer zu quantifizieren. Bei der Zusammensetzung der bekannten Heimatbündler sticht das Gewicht des konservativen Elements als erstes ins Auge. Die BCSV in (Süd-)Baden und die CDU in (Süd-)Württemberg-Hohenzollern bildeten das Hauptreservoir der potentiellen Anhänger, Dietrich und Feger waren beide Mitglieder der BCSV. Aber auch die anderen Parteien, vor allem die Demokraten, stellten einige führende Köpfe. Binnen kurzer Zeit war der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ in der Tat zu einer überparteilich besetzten Vereinigung mit autonomistischen Zielen geworden. Doch weder die Einrichtung von Orts- noch von Landschaftsverbänden wollte gelingen. Die Dynamik der ersten Monate verflog nicht nur wegen der mangelnden oder gänzlich fehlenden Kommunikation und der ausbleibenden französischen Unterstützung. Die Herausgabe eines Publikationsorgans, das durch entsprechende Vorarbeiten Fegers (*Das Oberland*) als auch Dietrichs (*Der Freie Süden*) bis zur Nullnummer fertiggestellt war, hätte den Plänen mit Sicherheit neuen Auftrieb gegeben.

Ursächlich für den baldigen Niedergang des Heimatbundes war das Fehlen eines konzentrierten Wirkens in der Öffentlichkeit mittels Versammlungen und Veranstaltungen, was an der Entschlußlosigkeit und am Unvermögen einzelner gescheitert ist. Otto Feger war zwar ein begabter Redner, zog sich aber nach internen Querelen bereits im Spätherbst 1946 aus der Vereinigung zurück. Andererseits war Bernhard Dietrich mit der Leitung des Heimatbundes sichtlich überfordert. In seinem Beruf als Arzt hatte er zusammen mit seiner Frau für den Unterhalt seiner großen Familie zu sorgen, als Bürgermeister stand er oftmals vor schier unlösbaren Aufgaben. Sein politisches Engagement im Heimatbund mußte sich unter diesen Voraussetzungen bald erschöpfen. Die Organisation und Durchführung von Werbeveranstaltungen in der Südzone, die er auch noch an sich zu ziehen suchte, konnte nicht ausschließlich auf seinen Schultern lasten. Der Generalsekretär des Heimatbundes, Leopold Paur, war zudem kein Mann der Tat. Obwohl ohne feste Anstellung, trat er unentschlossen und willensschwach an die Aufgabe heran. Seine spätere Mitarbeit in der Badischen Staatskanzlei unter Staatspräsident Wohleb verdeutlicht neben seinen organisatorischen Fähigkeiten auch sein Umschwenken in der Neugliederungsdiskussion, wobei es für ihn unerheblich war, ob sein föderalistisches Engagement, das außer Zweifel steht, sich für einen schwäbisch-alemannischen Staat oder für die Restauration Badens entfaltete.

Doch die fehlende Dynamik der führenden Köpfe des Heimatbundes soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Idee einer Neugliederung Südwestdeutschlands auf stämmischer Grundlage bei weitgehender Autonomie nicht nur in den Köpfen von Archivaren und Stammesföderalisten spukte. Mit Ausnahme der Kommunisten verwickelten

sich 1946 alle politischen Parteien in Flügelkämpfe, die allerdings bei der BCSV/CDU und der DP/DVP ausgeprägter waren als bei der SPB/SPD. Die BCSV unter ihrem Vorsitzenden Leo Wohleb gab sich als betont heimattreue Partei, deren Regionalismus ausgeprägt war. Als christliche Partei konnte sie in der überwiegend katholischen Bevölkerung mit der absoluten Mehrheit der Stimmen rechnen, und sie entwickelte sich wie erwartet zur beherrschenden politischen Kraft in (Süd-)Baden. Den Föderalismus hatte sich die BCSV aufs Panier geschrieben, Autonomiegedanken konnten sich aber nicht durchsetzen. Wohleb erkannte frühzeitig, daß sich der Heimatbund zu einer zweiten konservativen Kraft entwickeln könnte. Dies hätte zu einer Spaltung des christlichen Lagers geführt. Vor diesem Hintergrund ist die dezidierte Betonung der Heimat in der BCSV zu interpretieren. Jedes Abrücken in Richtung eines „vaterländischen Standpunkts“ hätte dem Heimatbund 1946 in die Hände gearbeitet. Die Planungen und Aussagen führender konservativer Parteigänger belegen die gedankliche Nähe zu den Vorstellungen des Heimatbundes; in der BCSV lag auch das Hauptreservoir für die Vereinigung selbst. Trotzdem gelang es der BCSV, diese gefährlichen Klippen zu umschiffen und die Wankelmütigen auf die eigene Seite zu ziehen. Natürlich trug das französische Verbot der Parteigründung für die schwäbisch-alemannischen Autonomisten maßgeblich zu deren Schwächung bei, als politisch nicht organisierte Kraft konnten sie in Form einer Vereinigung keine wirkliche Alternative zur BCSV darstellen. Durch die Konkurrenz des Heimatbundes betonte die BCSV noch mehr die Belange der Heimat. Dies mag auch der späte Wechsel des Parteinamens in CDU – der Heimatbund hatte längst seinen Zenit überschritten – von Ende 1947 belegen. In der Neugliederungsdiskussion wäre die BCSV 1946 jedenfalls bereit gewesen, unter der französischen Besatzungsmacht in einem Südstaat nach einer Namensänderung die politische Verantwortung zu übernehmen. Erst in der Auseinandersetzung um den Südstaat entwickelte sich eine gewisse Zahl badischer Christdemokraten vollends zu Verfechtern der Wiederherstellung der alten Länder. Es ist zwar richtig, daß die „alemannische Versuchung“ nur in der „Stunde Null“ Konjunktur hatte, so Paul-Ludwig Weinacht, sie war allerdings nicht auf einen kleinen Zirkel beschränkt und wurde in ihrer Dimension von Zeitgenossen und der historischen Forschung eindeutig unterschätzt⁸.

Die in Württemberg-Hohenzollern als CDU gegründete konservative Partei hatte ungleich weniger Berührungspunkte mit dem „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“. Außer in Rottweil ließ das de-facto-Verbot Widmers die Bildung keines weiteren organisierten Ablegers zu. Dennoch waren gerade autonomistische und stammesföderalistische Positionen in den katholischen, oberschwäbischen CDU-Führungskreisen häufig anzutreffen. Antiborussianismus und Regionalismus bildeten auch im württembergischen Oberland das Fundament für die Akzeptanz einer als stämmisch aufgefaßten Südstaatlösung. Der oberschwäbische Adel, der sich größtenteils in der CDU wiederfand, hätte in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg einen schwäbisch-alemannischen Staat begrüßt, wenngleich einzelne Adelige wie Erich Fürst von Waldburg-Zeil ein solches Gebilde nur als Vorstufe einer alpenländischen Konföderation verstehen konnten. Die Restauration ihrer Herrschaft steht unübersehbar als Motiv hinter den Plänen des Adels. Vor allem an der Basis aber war die CDU Württemberg-Hohenzollern auf die Wiederherstellung des alten Landes Württemberg fixiert.

⁸ Weinacht, Kultur, S. 235.

Die Sozialdemokratie ging in der Frage der Neugliederung 1945/46 andere Wege. Im französisch besetzten Südwesten entwickelte sich in Baden ein extrem föderalistischer Flügel um den späteren Wirtschaftsminister Friedrich Leibbrandt, der zwar die autonomistischen Ziele des Heimatbundes ablehnte, einen Südstaat aber begrüßte. Die Ausführungen Carlo Schmidts auf dem Gründungsparteitag der SPD Württemberg-Hohenzollern vom 10. Februar 1946 lassen zumindest unter einem Teil der Genossen eine stark föderalistische Ausprägung erkennen. Das Stichwort der „Verschweizerung“ Südwestdeutschlands ließ der Phantasie 1946 jedenfalls freien Lauf. Dennoch bestanden nur vereinzelt personelle Beziehungen zum Heimatbund, der Autonomismus konnte in der SPD nicht Fuß fassen.

Die sich formierende Demokratische Partei hingegen hatte einige gewichtige Parteimitglieder, die sich eindeutig für mehr Autonomie und eine Reorganisation Südwestdeutschlands auf stämmischer Grundlage ausgesprochen haben. Manche, wie der Schwenninger Oberbürgermeister Otto Gönnerwein, gingen noch weiter und plädierten für eine Donaukonföderation. Doch die Demokratischen Parteien in Baden und Württemberg-Hohenzollern blieben insgesamt weitgehend immun gegen Autonomieforderungen und drängten die Verfechter in ihren Reihen an den Rand.

Die Gründungsversuche verschiedener politischer Sammelbewegungen und Parteien während der Jahre 1945/46 sind Ausdruck des damaligen Bedürfnisses nach Aussprache und Neubeginn. Ein zentraler Punkt in den Programmen, die sich aus dieser Zeit erhalten haben, ist die Frage der staatlichen Neugliederung des Südwestens. Das Postulat der Überwindung der dynastischen Ländergrenzen verbindet diese frühen Bemühungen für eine regionale Neugliederung. Ob stammesföderalistisch oder nicht, die Neugliederungsdiskussion war mit der Kapitulation vom Mai 1945 entbrannt und war keineswegs auf die Alternative der Restauration der alten Länder oder der Schaffung des Südweststaats festgelegt. Vor dem Hintergrund eines aus der katholischen Soziallehre geborenen Föderalismusbegriffs und der Reminiszenz an das Herzogtum Schwaben entwickelte sich in den Jahren 1945/46 der Plan einer schwäbisch-alemannischen Demokratie. Die Forschung hat dieses Konzept zweifellos unterschätzt, schon allein die Intensität, mit der das Honoratioren- und Intellektuellenmilieu darauf reagierte, macht dies deutlich. Der Idee standen aber die Vorgaben der französischen Besatzungsmacht entgegen. Die fortgeschrittenen Planungen einer süddeutschen Konföderation, die nach dem Willen Pierre Koenigs auch realisiert worden wäre, scheiterten an den deutschlandpolitischen Vorstellungen des französischen Außenministeriums und General de Gaulles. Frankreich hoffte nämlich bis Ende der vierziger Jahre, Südwürttemberg gegen Nordbaden als Besatzungsgebiet eintauschen zu können, und stand dem stämmischen Neugliederungsvorschlag daher grundsätzlich ablehnend gegenüber. Die Umsetzung föderalistischer Politik im besetzten Deutschland war für den westlichen Nachbarn auf die Restauration der dynastisch begründeten süddeutschen Länder festgelegt. Deshalb tat sich Frankreich auch mit der Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg im Jahr 1952 schwer.